



Europäisierung von unten?
Beobachtungen zur EU-Integration
Südosteuropas

KLAUS ROTH (HRSG.)

forost Arbeitspapier Nr. 44

Februar 2008

Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (*forost*)

Redaktion: Helga Schubert

ISBN 978-3-9810703-8-5

ISSN 1613-0332

forost wird gefördert vom

Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

© **forost, München**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des
Forschungsverbunds Ost- und Südosteuropa ist auch in Auszügen nur mit
vorheriger schriftlicher Genehmigung der Geschäftsstelle gestattet.

Europäisierung von unten? Das 'Projekt Europa' in seiner Wahrnehmung und Wirkung in Südosteuropa

Klaus Roth, München

Die Europäische Union hat 2007 ihr fünfzigjähriges Bestehen gefeiert. Vor mehr als fünfzig Jahren, nach dem Ende der zweiten großen europäischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts, fassten verantwortungsbewusste Politiker den weitsichtigen Entschluss, die Länder Europas nach Jahrhunderten von Konflikten und Kriegen, von Hegemonien und Fremdherrschaften zu einigen und Europa zu einer Zone des Friedens und des Wohlstands zu machen. Den Gründungsvätern war allerdings bewusst, dass ihr Elite-Projekt der "Europäisierung von oben" angesichts der vergifteten Beziehungen zwischen vielen Völkern und Gruppen nur dann gelingen konnte, wenn es auch von den Völkern selbst rezipiert und akzeptiert wird, wenn es also auch zu einer "Europäisierung von unten" kommt oder, wie es einer der Gründungsväter einmal sagte, der europäische Gedanke Eingang in die "Köpfe und Herzen der Menschen" findet.

Während die politischen und ökonomischen Ziele in den "alten" EU-Ländern weitgehend erreicht worden sind und auch die neuen Mitglieder in diesem Bereich gute Fortschritte machen, sieht es bei der soziokulturellen und mentalen "Europäisierung von unten" weniger erfreulich aus, und das sogar in den "alten" EU-Ländern. Vor diesem Hintergrund war die zentrale Frage der *forost*-Tagung in Marburg und Gießen¹, wie dieser Prozess in den neuen Beitrittsländern verläuft. Der vorliegende Band vereinigt jene Tagungsbeiträge, die sich mit den südosteuropäischen EU-Mitgliedern befassen.

Die Antwort auf die für die Zukunft Europas und vor allem der EU entscheidende Frage nach der "Europäisierung von unten" ist weder einfach noch ist sie einheitlich. Die Erweiterung der EU erfolgte in Wellen, und für die Länder jeder dieser Wellen stellte sich die Situation anders dar. So hatten die Völker der sechs Gründungsstaaten bereits fünfzig Jahre Zeit, sich mit den konkreten Maßnahmen Brüssels wie auch dem "europäischen Gedanken" auseinanderzusetzen und die Leistungen und Vorzüge der Einigung zu genießen, ja sie als selbstverständlich zu nehmen. Vielleicht ist es eben diese Selbstverständlichkeit, die viele Menschen blind gegenüber den immensen Vorteilen werden und zunehmend nur die negativen Seiten des "zentralistischen Bürokratismus" Brüssels sehen ließ. Doch selbst die beiden negativen Verfassungs-Referenden in Frankreich und den Niederlanden können – trotz ihres offenkundigen Charakters als Protest "von unten" – nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU von der Mehrheit der Bürger in diesen Ländern akzeptiert wird.

Ähnliches gilt auch für jene Länder, die in den 1980er und '90er Jahren beitraten, allerdings mit der bemerkenswerten Ausnahme Griechenlands, in dem bis

¹ Die Tagung "Europäisierung von unten". Das 'Projekt Europa' in seiner Geschichte, Wahrnehmung und Wirkung im östlichen Europa" fand vom 27. bis 29. September 2007 am Herder-Institut in Marburg sowie an der Universität Gießen statt. Sie wurde ausgerichtet vom Bayerischen Forschungsverbund FOROST, dem Herder-Institut Marburg, dem Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, der Fachkommission Volkskunde des Herder-Forschungsrats und dem Gießener Osteuropa-Zentrum (GiZO).

heute eine anti-europäische Grundhaltung verbreitet ist. Wie ist dieser Unterschied in der Akzeptanz der EU zu verstehen? Die EU, so wie sie vor fünfzig Jahren konzipiert und in Verträgen festgeschrieben wurde, gründet ausschließlich auf jenen Werten und Normen, Rechts- und Wirtschaftsprinzipien, Staatsstrukturen und Gesellschaftsordnungen, die sich im Laufe von Jahrhunderten im westlichen Teil Europas herausgebildet hatten. Diese in den Römischen Verträgen und im *acquis communautaire* festgelegten Grundprinzipien waren für alle neuen west- und nordeuropäischen EU-Mitglieder relativ unproblematisch. Für Griechenland hingegen, das zwar für sich beansprucht, die "Wiege Europas" zu sein, das aber ein deutlich anderes historisches Schicksal als West- und Mitteleuropa hat, warfen sie gravierende Probleme auf. Mit den spezifischen Problemen, die sich vor allem aus der 500jährigen Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich für die EU-Integration des Landes ergeben, befasst sich der Beitrag der Ethnologin Jutta Lauth Bacas.

Die Probleme Griechenlands in (und mit) der EU sind insofern relevant, als sie möglicherweise indikativ sind für einige Länder der beiden Beitrittswellen von 2004 und 2007, durch die die EU um zwölf Länder des östlichen und südöstlichen Europa erweitert wurde. Abgesehen von Zypern und Malta sind es alle Länder, deren historische Entwicklung ganz entscheidend geprägt wurde durch fast ein halbes Jahrhundert Sozialismus, durch ein politisches System also, dessen Grundwerte und politischen Grundlagen denen der EU nahezu diametral entgegengesetzt waren. Die beiden jüngsten Mitgliedsländer, Bulgarien und (teilweise) Rumänien, unterscheiden sich nun von allen anderen neuen Mitgliedsländern dadurch, dass sie ein doppeltes historisches Erbe tragen, nämlich sowohl die historische Erfahrung von fünf Jahrhunderten Fremdherrschaft als auch die schwere Bürde von Sozialismus und Transformation. Zu fragen ist also, ob und inwieweit diese schwere doppelte Belastung die EU-Integration der beiden Länder beeinflusst.

Aus diesen historischen Voraussetzungen und der Tatsache, dass die Länder des östlichen und südöstlichen Europa sich in das "gemachte Bett" der Europäischen Union legen mussten, ergibt sich, dass ihre Bevölkerungen eine erheblich größere Anpassungsleistung erbringen mussten und müssen. Die Anpassung wurde durch die Tatsache, dass der EU-Beitritt schon bald nach der Wende zum erklärten Ziel der neuen (alten) politischen und wirtschaftlichen Eliten wurde, keineswegs erleichtert. Zwar war die Stimmung in der Bevölkerung fast aller Länder hinsichtlich des EU-Beitritts sehr positiv, wollte man doch nach Jahrzehnten der Zugehörigkeit zum "Ostblock" so schnell wie möglich "zurück nach Europa", doch ließen die politischen und wirtschaftlichen Eliten ihre Völker weitgehend im Unklaren darüber, welche generellen rechtlichen, ökonomischen und sozialen Folgen die EU-Mitgliedschaft und welche konkreten Auswirkungen sie auf ihr Leben und ihre Alltagswelt haben wird. Anders gesagt: Nach dem Abklingen der Beitritts-Euphorie traf die reale EU-Integration viele Menschen in Ost- und Südosteuropa, unvorbereitet wie sie waren, fast wie ein Schock. Es war ein Schock, der sich in fast allen Ländern entlud in Form krisenhafter Symptome, für die die Politik inzwischen den Begriff "Post-Beitritts-Syndrom"² geprägt hat. "Europa" bzw. "Brüssel" wurde und wird verantwort-

² Diesem Problem widmete sich in Berlin am 7.-8. November 2007 die Tagung „Der EU-Erweiterungsprozess und das 'Post-Beitritt-Syndrom'. Extremismus, Populismus und

lich gemacht nicht nur für zahlreiche Preissteigerungen und Steuern sowie für Schließungen von Firmen, die nicht den EU-Standards entsprechen: Nachdem man sich gerade von der Vorherrschaft einer "Union" befreit hatte, wurde – und wird – die Politik der Europäischen Union in mehreren Ländern vielmehr auch als Angriff auf die nationalen Interessen, auf die eigene Kultur und Identität wahrgenommen³. Die eigenwillige Politik der vorigen polnischen Regierung war wohl vor allem vor diesem Hintergrund zu verstehen, und auch in den 2007 beigetretenen Ländern kam es zu überraschenden Reaktionen. In Rumänien etwa lösten die EU-Vorschriften zum Schweineschlachten landesweite Proteste aus, und ähnliche Auswirkungen hatte in Bulgarien die Einführung der EU-Alkoholsteuer auch auf hausgebrannten Schnaps⁴, was in beiden Ländern als Angriff auf die eigene Kultur und Lebensweise empfunden wurde.

Die von der EU geforderte Europäisierung in Form der *'EU-isierung'*⁵, also der Anpassung an die normativen Vorgaben der EU, kann vor allem im südöstlichen Europa auch deswegen nicht im gleichen Maße voranschreiten wie in anderen Teilen Europas, weil *'Europäisierung'* – als tatsächlicher Prozess und als Begriff – hier eine Vorgeschichte hat, die bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückreicht und mit recht ambivalenten stereotypen Vorstellungen verbunden ist. Seit jener Zeit steht *'Europäisierung'* einerseits gleichbedeutend für Modernität und Fortschritt, für Industrialisierung und Urbanisierung, andererseits aber auch für die fast hegemoniale Übermacht des *'Westens'*; man denke nur an das Wort vom *'West-Ost-Gefälle'*. *'Europäisierung'* stand im gesamten östlichen und südöstlichen Europa aber primär für ein neues Paradigma und Modell des Lebens, das in nahezu jeglicher Hinsicht als erstrebenswert angesehen wurde. Dies galt zunächst und in erster Linie für die Eliten, vor allem für die bürgerlichen Schichten des östlichen Europa, doch übte die westliche Moderne eine so große Faszination aus, dass sie rasch von nahezu allen Sozialschichten als Vorbild akzeptiert und rezipiert wurde. Sicher, es gab manche Vorbehalte und Widerstände, doch ist es angemessen, diesen historischen Prozess als eine "Europäisierung von unten" aufzufassen.

'Europa' konnte aber nur dann wirklich zum Motor des ökonomischen, rechtlichen und sozio-kulturellen Wandels werden und die Alltagswelten nachhaltig transformieren, wenn seine innere Logik und Wertgrundlage rezipiert und internalisiert wurde, es also auch zu einer *'mentalen Europäisierung'* kam. Die Voraussetzungen für eine solche *'mentale Europäisierung'* waren in den Ländern des östlichen Mitteleuropa weit günstiger als in dem durch Jahrhunderte der Fremdherrschaft belasteten Südosteuropa, wo die Europäisierung vielfach nur eine oberflächliche war und bis zum 2. Weltkrieg nur die schmalen bürger-

politische Kultur bei den neuen EU-Mitgliedsstaaten", die von der Südosteuropa-Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde organisiert war.

³ S. hierzu das Forst-Arbeitspapier Nr. 37: Wolfgang Koschmal (Hg.): *Europabilder und Europametaphern*. München 2006. Vgl. auch Nr. 41: Anne V. Wendland: *Wie wir die Karten lesen. Osteuropäische Fragen an Europäische Geschichte und Europäische Einigung*. München 2007.

⁴ Diesem Thema ist der Beitrag der bulgarischen Volkskundlerin Radost Ivanova gewidmet, die nicht an der Marburger Tagung teilgenommen hat.

⁵ Siehe zu diesem Problem H. Schubert (Hg.): *'Europäisierung'. Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs*. München 2006 (Forst Arbeitspapiere Nr. 38).

lichen Schichten erreicht hatte⁶. Den sozialistischen Ländern des östlichen Mitteleuropa fiel daher nach der politischen Wende die "Rückkehr nach Europa" leichter als den Ländern Südosteuropas, zu deren Tragik es zudem gehört, dass durch die kommunistischen Regimes genau die am meisten europäisierten bürgerlichen Schichten entmachtet, vertrieben oder liquidiert wurden. Zerstört wurden damit auch die durch sie aufgebauten zivilgesellschaftlichen Strukturen, mit deren erneutem Aufbau sich die neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien heute besonders schwer tun.

Die Parallelen zwischen der historischen und der heutigen Europäisierung liegen auf der Hand, doch ebenso offenkundig sind auch die Unterschiede. So groß der Wunsch im südöstlichen Europa ist, wieder zu 'Europa' zu gehören, und so attraktiv die heutige 'Europäisierung' in Form der EU-Integration ist, so ist doch nicht zu übersehen, dass sie die noch immer in der Krise der Transformation steckenden und von ihren politischen Eliten kaum darauf vorbereiteten Menschen überfordert, dass die Veränderungen tiefer als erwartet normativ in ihr Alltagsleben eingreifen – und dass sie dies zum Teil in einer Weise tun, die Ängste um den Verlust der eigenen Kultur und Identität auslöst. War die historische Europäisierung ein offener und ungelenkter Prozess, hinter dem keine zentralen steuernden und intervenierenden Institutionen standen, so ist die heutige 'EU-isierung' ein klar rechtlich definierter, politisch gesteuerter und mit Sanktionen bewehrter Prozess, der mehr als eine nur äußerliche Anpassung verlangt.

Die Frage ist, ob eben diese Natur der EU-Integration in den Ländern des südöstlichen Europa nicht wieder jene *defensiven Mechanismen* und *Bewältigungsstrategien* reaktiviert, die sich die Menschen in den Zeiten der Fremdherrschaft und dann des Sozialismus notgedrungen für ihr Überleben aneigneten. Und eine weitere, sich daraus ergebende Frage ist, ob die Länder die Grundprinzipien und Vorgaben der EU in der intendierten Form realisieren oder ob sie eigene, "unorthodoxe" Wege der "Europäisierung von unten" beschreiten. Das Beispiel Griechenlands lässt hier einige Überraschungen erwarten. Für die Völker des südöstlichen Europa bleibt 'Europa' in diesem Sinne eine immense Herausforderung. Denn trotz des durch die EU (und die Globalisierung) ausgelösten modernisierenden Wandels und der realen Transformation der Alltagswelten bleibt offen, ob und wann das "Elite-Projekt Europa" dort auch im gleichen Maße rezipiert und akzeptiert werden wird wie im westlichen Europa, es also auch dort zur einer wirklichen "Europäisierung von unten" kommt.

Der vorliegende Band vereint acht Beiträge von FOROST-Mitarbeitern und von Gästen. Mit dem Beitrag von *Katerina Gehl* und *Petăr Petrov* „'Europa' als fremde Kultur. Bulgarische Europäisierungsdiskurse im 19. und frühen 20. Jahrhundert" wird einleitend die *historische* Dimension und damit zugleich die Problematik der 'Europäisierung' Südosteuropas behandelt, und zwar anhand der bulgarischen Rezeption einer Komödie von Gustav Freytag⁷. In den übrigen

⁶ Vgl. hierzu K. Roth: Bürgertum und bürgerliche Kultur in Südosteuropa. Ein Beitrag zur Modernisierungstheorie. In: Ueli Gyr (Hg.), *Soll und Haben. Alltag und Lebensformen bürgerlicher Kultur*. Zürich 1995, 245-260.

⁷ Dieser Aspekt ist umfassend behandelt in dem Band von Petăr Petrov, Katerina Gehl, Klaus Roth (Hg.): *Fremdes Europa? Selbstbilder und Europa-Vorstellungen in Bulgarien (1850-1945)*. Berlin: LIT 2007.

Beiträgen geht es dann um die *gegenwärtigen* Prozesse der Integration in die Europäische Union, bei denen dem Beispiel Griechenlands, das bereits 1981 der EU beitrug, eine möglicherweise wichtige Vorbildrolle zukommt. Zumindest legt der kritische Beitrag von *Jutta Lauth Bacas* "Nationale Identität und Wahrnehmung von Europa in Griechenland: Ansichten aus einem 'alten' südosteuropäischen Mitgliedsland" diese Vermutung nahe, die von einigen der anderen Beiträge bestätigt zu werden scheint.

Die auf neuesten Feldforschungen beruhenden Beiträge zu Bulgarien und Rumänien beleuchten besonders solche sozialen Gruppen, die in besonderem Maße durch den EU-Beitritt ihres Landes betroffen sind und die letztlich die "Europäisierung von unten" tragen sollen. Die Soziologin *Tanja Chavdorova* geht in ihrem Beitrag "Die bulgarische EU-Integration: eine Chance für die Jugend?" der Frage nach, ob sich bulgarische Gymnasiasten eher für das Bleiben oder das Weggehen entscheiden. Es ist eine Frage, die angesichts des immensen *brain drain* gerade aus Bulgarien und Rumänien eine elementare Bedeutung für die Zukunft beider Länder hat. Den die bulgarische Wirtschaft dominierenden Kleinunternehmern wendet sich hingegen die Volkskundlerin und Betriebsethnologin *Ivanka Petrova* zu. Auf der Basis umfassender Forschungen in Kleinunternehmen kommt sie in ihrem Beitrag "Kleinunternehmer in Bulgarien im Prozess des EU-Beitritts: Erwartungen und Erfahrungen" unter anderem zu dem Ergebnis, dass – ähnlich wie in Griechenland – bei einem Teil der Unternehmer durchaus jene defensiven Strategien des Umgehens von EU-Normen und Vorschriften virulent sind.

Das Gelingen der EU-Integration ist gerade in Ländern mit so starkem Agrarsektor wie Rumänien und Bulgarien in hohem Maße von der EU-Agrarpolitik sowie besonders von den Transferzahlungen aus Brüssel abhängig. Drei Beiträge präsentieren erste Erfahrungen, die im Agrarbereich nach einigen Monaten EU-Mitgliedschaft in beiden Ländern gemacht wurden. Die Ethnologin *Milena Benovska-Săbkova* geht in ihrem Beitrag "EU Transfers and Bulgarian Agriculture" der wichtigen Frage nach, wie klimatisch und ökonomisch unterschiedlich ausgestattete Orte und Regionen Bulgariens auf die EU-Agrarpolitik reagieren und die Transferzahlungen nutzen, und in ganz ähnlicher Weise untersucht *Cerasela Radu-Voiculescu* in ihrem Beitrag "Romanian Peasants and Farm Managers Facing EU Regulations" den Umgang rumänischer Bauern und Manager von Agrarbetrieben mit den verschiedenen Maßnahmen, die die rumänische Regierung auf Grund der EU-Agrarpolitik ergreift. Auffällig ist in beiden Ländern die Diskrepanz zwischen den Zielen der EU und den lokalen Bedingungen einer Landwirtschaft, die 45 Jahre sozialistische Überformung hinter sich hat. Die Vorteile der EU-Politik werden allerdings sehr wohl genutzt, während die Nachteile, etwa in Form von Gesetzen und Vorschriften, gerade in der ländlichen Bevölkerung auf scharfen Protest stoßen und, wie *Radost Ivanova* in ihrem Beitrag "Für 20 Leva und eine Flasche Schnaps. Der Schnaps im Leben des bulgarischen Dorfes" am Beispiel der mit dem EU-Beitritt eingeführten Alkoholsteuer zeigt, die Menschen landesweit dazu bringt, Zuflucht zu nehmen zu ihren eingeübten defensiven Strategien gegenüber "denen da oben" – ja dass die EU-Politik teilweise geradezu eine Stärkung gewisser traditioneller Muster des Verhaltens bewirkt.

Die EU-Osterweiterung und ganz besonders die Erweiterung des Schengen-Raums bringen die Notwendigkeit mit sich, dass die neuen EU-Mitglieder ihre

Beziehungen zu ihren Nachbarn teilweise neu definieren müssen. Einige Grenzen wurden geöffnet, während andere Grenzen mit traditionell engen Nachbarschaftsbeziehungen in der Grenzregion zu scharf gesicherten EU-Außengrenzen wurden, beispielsweise die rumänisch-serbische Grenze. Den veränderten Bedingungen der Bewohner an dieser Grenze widmet sich der abschließende Beitrag des Soziologen *Cosmin Radu* "Progressing Cross-Border Securitisation: Managing Individuals, Business and the State at the Romanian-Serbian Border in the Post-EU-Accession Period", der in der Grenzregion Feldforschung betrieben und den Umgang der Behörden sowie der Bewohner der Region mit dem neuen Grenzregime untersucht hat.

Die Integration in die Europäische Union, so können die Beobachtungen zusammengefasst werden, kam für die darauf schlecht vorbereiteten Gesellschaften der neuen südosteuropäischen EU-Mitgliedsländer frühzeitig. In Übereinstimmung mit den Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission vom Juni 2007⁸ zeigen unsere Forschungen, dass es in einzelnen Bereichen durchaus positive Entwicklungen gibt, dass die EU-Integration aber Probleme aufwirft, die deutlich über jene der ostmitteleuropäischen Länder hinausgehen. Eine über die rein äußerliche Rezeption hinausgehende Aneignung der für die EU konstitutiven Werte, Normen und Rechtsprinzipien stellt für die Gesellschaften angesichts ihres historischen Erbes eine erhebliche Herausforderung dar. Die in Jahrhunderten Fremdherrschaft und Jahrzehnten Sozialismus eingeschliffenen defensiven Strategien und z.T. problematischen sozialen Verhaltensweisen, etwa die Dominanz privater Netzwerke und das Fehlen öffentlichen Vertrauens⁹, werden durch die Maßnahmen der EU zum Teil noch verstärkt. Sie schwächen sich, wie das langjährige EU-Mitglied Griechenland zeigt, im Alltagsverhalten nur sehr langsam ab.

⁸ http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/bulgaria_report_de.pdf sowie http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/romania_report_de.pdf

⁹ Cf. K. Roth (Hg.): Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen. Berlin: LIT 2007, sowie Ders. (Hg.): Sozialkapital – Vertrauen – Rechtssicherheit: Postsozialistische Gesellschaften und die Europäische Union. Berlin: LIT 2008.